

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung, des Kreisgerichts und der Kreisverwaltung beim Kreisgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Bauamtes Rieser beständig erscheinende Blatt.

Verlagsamt
Rieser
Postfach Nr. 22

Nr. 285.

Freitag, 7. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Freitag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementpreis für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Bei den Postämtern des Reichsgebietes sind die Abonnementpreise festzusetzen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Erhalt der Zeitungen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gewährung für den Abnehmer des Postverkehrs (3 Wochen) 25 Pfennig; für den Abnehmer des Luftverkehrs 100 Pfennig. Abonnementpreis für den Auslandsende und telegraphischer Post 50 Pfennig. Postfach Nr. 22, Rieser. Abonnementpreis für den Auslandsende und telegraphischer Post 50 Pfennig. Postfach Nr. 22, Rieser. Abonnementpreis für den Auslandsende und telegraphischer Post 50 Pfennig. Postfach Nr. 22, Rieser.

Die Moral der deutschen Abklärung.

Die Abklärungsverhandlungen im Verlauf der letzten Herbstsession des Völkerbundes haben zu dem grundsätzlichen Schluss geführt, daß die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung im Prinzip zu trennen und getrennt zu behandeln sind, auf das namentlich die Verhandlungen über die große Weltabklärung selbst gefördert werden können. Der Gang dieser Verhandlungen in Wien hat ausser neue die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Unmöglichkeit des Fortschritts in dem Verhältnis von Deutschland und seiner früheren Verbündeten zu dem unserer ehemaligen Gegner gelenkt. Auf Grund des Versailler Vertrages ist Deutschland bis zu einem gewissen Grade entmachtet worden. Die Tatsache, daß es inmitten schwerer demographischer Rückschläge fast wehrlos und ohnmächtig dasteht, ist nicht mehr abzuleugnen. Rücksichtslos sind die Entwaffnungsbestimmungen im Teil V des Friedensvertrages durchgeführt worden. Tausende von Geschützen und Kanonenrohren, Millionen von Gewehren und Artilleriegeschossen wurden an die Entente-Kommissionen abgeliefert, vernichtet oder zu Schrott verarbeitet. Dennoch ist die Entwaffnung Deutschlands schon im Jahre 1923 in der Hauptstadt durchgeführt worden. Die Militärkontrollkommissionen der deutschen Wehrbeschränkungen sind noch rund drei Jahre beachtet. Mit dem 21. Januar 1927 hat diese Tätigkeit der Kontrollkommissionen ihr Ende gefunden. An diesem Tage hat die Völkerbundkonferenz Deutschland offiziell mitteilt, daß es seine Abklärungsverpflichtung aus dem Versailler Vertrag erfüllt habe. Nach dem Versailler Vertrag hat diese Anerkennung wenige Zeit später zum Ausdruck gebracht. Nachdem auch die nach dem Krieg entstandenen Unterstände an der Ohrennahe des Reiches geschleift wurden, besteht unseres Erachtens kein Grund mehr für Deutschlands frühere Gegner, sich über die Erfüllung der allgemeinen Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag und aus Artikel VIII der Völkerbundcharta zu erheben.

Die Prämisse aus Teil V des Friedensvertrages besagt klipp und klar, daß die Abrüstung Deutschlands nur die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung sein soll. Die alliierten Mächte haben in ihrer Antwort zu den Bestimmungen der deutschen Delegation über diese Friedensbedingung bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Verpflichtungen Deutschlands zur Abrüstung nur den ersten Schritt zu der allgemeinen Abrüstung und Begrenzung der Rüstungen aller Mächte darstellen. Derselbe Gedanke ist auch aus dem Wortlaut des Artikels 8 des Völkerbundespaktes herauszulesen. Die anderen Mächte haben es aber bisher nicht für nötig gehalten, dem Beispiele Deutschlands zu folgen; sie haben immer neue Vorwände gefunden, um die Herabsetzung ihrer Rüstungen hinauszuschieben. Viele von ihnen haben sogar ihre Kampfmittel in einem ganz beträchtlichen Ausmaße vergrößert, haben ihre Armeen auf Grund der Kriegserfahrungen auf einen neuen Stand gebracht und alle technischen Fortschritte für die Stärkung der Kampfkraft nutzbar gemacht. Sämtliche Großmächte und auch die Mehrzahl der kleineren Nationen, vor allem die neu entstandenen Staaten des Ostens und Südostens, unterhalten wesentlich härtere Heere als Deutschland mit seiner 66-Millionen-Bevölkerung. Das deutsche Heer, das noch dazu ein Soldnerheer ist, zählt mit seinen 100 000 Mann gegenüber den Massenheeren der anderen Großmächte überhaupt nicht mehr mit. Selbst England unterhält heute, wiewohl es wieder zu dem System des Berufsheeres zurückgekehrt ist, noch eine Truppenstärke von 160 000 Mann. Frankreich marschiert noch wie vor in Bezug auf die Rüstung an der Spitze aller Nationen der Welt. Unter Einrechnung seiner farbigen Truppen kommt es heute auf eine Stärke von 500 000 Mann. Damit ist das französische Heer immerhin noch um 19 000 Mann stärker als das Heer von 1914, zudem hat es keine Einheiten und Verbände in einem Maße mit technischen Kampfmitteln und Flugzeugen ausgerüstet, das von keiner anderen Macht übertroffen wird.

Das faschistische Italien hat ebenfalls stark aufgerüstet. Seine aktive Truppe beträgt ungefähr 500 000 Mann. Hierzu ist noch die ganz unerschöpfbare Stärke der faschistischen Milia zu rechnen. Das rote Heer Sowjetrusslands ist gleichfalls um ein Vielfaches stärker als das deutsche Soldnerheer. Von einer Abrüstung hat man auch hier im Staat der pazifistischen und bolschewistischen Weltanschauung kaum etwas zu verspüren bekommen. Polen und die österreichischen Nachfolgestaaten bemühen sich aus Selbstschutz, es den Großmächten in der Frage der Aufrüstung nachzutun. Warschau allein gibt für Rüstungsausgaben jährlich 700 Millionen Loty aus. Das sind mehr als 35 Prozent des Gesamtbudgets. Daß alle diese genannten Staaten auch starke Luftflotten unterhalten und Heerwesen in einem unerhörten Ausmaße ausbilden, versteht sich von selbst.

Man vergleiche nun diese auf ein Höchstmaß gediehene Aufrüstung der Umwelt mit der Schwächung des Reiches und schwachen deutschen Soldnerheers, das noch dazu allerhöchstenfalls mit Artilleriemitteln und militärischen Flugzeugen versehen muß. Niemals hat es in der Weltgeschichte eine größere Ungleichheit und Ungerechtigkeit gegeben. Deshalb ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn man verlangt, daß die zukünftigen Abrüstungsverhandlungen endlich diesen ungleichen Stand, der eine ungeheure Bedrohungsgefahr für Deutschland bedeutet, beenden.

Das neue Attentat in Südslowenien.

Die Ermordung des Generals Kowalschewitsch.

(Belgrad, Agentur Novala.) In der Nacht eingegangene Meldungen aus Skopje berichten die Ermordung des Generalmajors Michael Kowalschewitsch durch bulgarische Banditen und bringen darüber folgende Einzelheiten: Der General, der eben nach Hause kam, unterhielt sich vor der Tür seiner Wohnung mit dem Priester Jewremowitsch, als Schüsse fielen. Der General, den die Kugeln getroffen hatten, ohne ihn zu verletzen, stürzte in sein Haus hinein, drei nachgelagerte Kugeln trafen ihn aber nieder. Die Mörder benutzten die Finsternis zu schleuniger Flucht. Das Haus des Generals liegt in einer Krümmung, ungefähr 200 Meter langen Gasse in der Nähe der St. Nikolajkirche. Einige Zeugen haben bemerkt, daß zwei bäuerlich gekleidete Personen dem General auf den Fersen folgten. Die Polizei wurde sofort verständigt und nahm die Verfolgung der Mörder unverzüglich auf. Auf der Straße nach Radomitsch, die die Banditen eingeschlagen hatten, fand sie eine von diesen weggeworfene Bombe. Die ersten Erhebungen haben ergeben, daß es sich um aus Bulgarien gekommene Leute handelt, was aus der Beschaffenheit der gefundenen Bombe hervorgeht. Die Nachricht von dem Attentat rief in Belgrad und im ganzen Lande lebhafteste Erregung hervor.

(Belgrad, Agentur Novala.) Der Minister hat sich auf die Nachricht von der Ermordung des Generalmajors Kowalschewitsch noch in der Nacht veranlaßt, um die Maßnahmen zu beschließen, die angesichts der in der letzten Zeit von bulgarischen Banditen in Südslowenien begangenen Attentate unerlässlich erscheinen.

Der Chef der Sicherheitspolizei, Kapitän, hat sich gestern nacht zum Schützling begeben. Die Belgrader Presse wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die den Balkanfrieden gefährdenden Untertriebe der bulgarischen Geheimorganisation. Bremsen erklärt: Das blutige Verbrechen von Skopje beweist noch den Attentaten von Gornje und Kifura, daß die friedliebenden Absichten der jugoslawischen Regierung in den Sowjet-Regierungskreisen keinen Widerhall finden. Das zwingt uns zu der Annahme, daß diese Kreise, wenn sie mit der jugoslawischen Boden ausgetreten verdrängten Aktion nicht solidarisch sind, zum mindesten nicht die Macht besitzen, dem Vorgehen der promagadonischen Kreise in Sofia Einhalt zu gebieten.

Franko schreibt: Einige Tage nach dem Komplotz gegen das jugoslawische Konsulat in Saloniki erfolgte die Ermordung des Generals Kowalschewitsch, woraus sich ergibt, daß es sich bei diesen Vorgängen um eine im Ausland gegen den Frieden auf dem Balkan angezielte Verschwörung handelt. Nach den jüngsten Besprechungen der Vertreter beider Nationen dürfte man erwarten dürfen, daß der Balkan aus einem Sturzpunkt zu einer Gegend des Friedens würde, ein Ziel, das seit dem Kriege alle jugoslawischen Regierungen eifrig verfolgt haben. Das Blatt fordert, daß die Regierung Maßnahmen treffe, um den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu sichern und den vom Krieg erschöpften Balkanvölkern eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen. Politika behauptet, daß die jüngsten Verbrechen auf Befehl des Generals Protogeroff ausgeführt wurden, der die Nordbefehle unterzeichnet habe, der sich in Bulgarien frei bewegen dürfe und weitgehend über die Nationalregierung der bulgarischen Armee verfüge. Diese beiden Tatsachen, so schreibt das Blatt, sind die letzte Aufforderung an unsere Regierung, die Verantwortung zu übernehmen.

(Belgrad, Agentur Novala.) Der Minister hat sich auf die Nachricht von der Ermordung des Generalmajors Kowalschewitsch noch in der Nacht veranlaßt, um die Maßnahmen zu beschließen, die angesichts der in der letzten Zeit von bulgarischen Banditen in Südslowenien begangenen Attentate unerlässlich erscheinen.

Der Chef der Sicherheitspolizei, Kapitän, hat sich gestern nacht zum Schützling begeben.

Jugoslawische Grenzmaßnahmen gegen Bulgarien.

(Belgrad, Agentur Novala.) Infolge der von bulgarischen Kommunisten im General Kowalschewitsch verübten Mordtat hat die jugoslawische Regierung gestern abend beschlossen, den Grenzschutz an der jugoslawisch-bulgarischen Grenze zu verstärken und bulgarischen Staatsangehörigen mit Ausnahme der Durchreisenden den Eintritt auf jugoslawisches Gebiet zu verweigern.

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag.

(Berlin.) Durch den gestern unterzeichneten deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag wird das bisher bestehende vorläufige Handelsabkommen zwischen beiden Mächten, das ebenfalls schon auf der Grundlage der Reichsdeklaration beruhte, durch einen Vertrag abgeklärt. Neu an ihm ist, gegenüber dem vorläufigen Abkommen, die Vereinbarung der Weichbegünstigung für das beiderseitige Niederlassungsrecht, das in dem früheren Abkommen entpöndert den bisherigen handelspolitischen Beziehungen Jugoslawiens überhaupt nicht erwähnt war. Außerdem enthält der Vertrag eine kleine Tarifanlage, in der beiderseitige Angelegenheiten für bestimmte Erzeugnisse der Ausfuhrwirtschaft festgelegt sind. Deutschland macht solche Zugeständnisse an Jugoslawien insbesondere für einige landwirtschaftliche Produkte, so für Mais und für Pflanzen, während Jugoslawien um Vergünstigungen für industrielle Artikel, sowie einen günstigeren Zoll für Bier einräumt.

Die Beziehungen Deutschlands zu Jugoslawien werden, wie die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz bemerkt, durch den neuen Vertrag zu einem dauerhaften, festen Untergrund gestellt. Bei der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung Jugoslawiens, das von jeder ein guter Abnehmer Deutschlands war, bedeutet das eine neue Waise in dem Reich unserer geregelten und lebensfähigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Handelsabklärung Jugoslawiens ist während der letzten 3 Jahre stets aktiv gewesen; die Aus- und Einfuhr beträgt durchschnittlich im Monat etwa 0,8 bis 0,9 Milliarden Dinar, d. h. 40 bis 50 Millionen Mark. Die steigende Tendenz der wirtschaftlichen Bedeutung Jugoslawiens zeigt die Tatsache, daß der gesamte Außenhandel des Landes von 959,1 Millionen auf 1264,1 Millionen Mark in den Jahren 1924/25 angewachsen ist. Dabei ist Jugoslawien vorwiegend Exporteur von Rohstoffen, neben dem bekannten landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die es ausführt, während es als Importeur vorwiegend hochwertige Industrieerzeugnisse aufnimmt; bei fast gleichen Wertzahlen der Ein- und Ausfuhr beträgt somit die Menge der Einfuhr ungefähr viermal soviel wie diejenige der Ausfuhr; die betreffenden Zahlen lauten für die Jahre 1924, 1925 und 1926: 1,13 Milliarden in der Einfuhr, 3,9 Milliarden in der Ausfuhr, 1,5 gegen 4,4 und 1,24 gegen 4,9 Milliarden Tonnen.

Durch eine enger wirtschaftliche Verflechtung, die den beiderseitigen Interessen gerecht wird, ergibt sich automatisch eine Verengung der handelspolitischen politischen Beziehungen. Da es sich im vorliegenden Falle um einen durchaus modernen und liberalen Handelsvertrag handelt, so darf man mit Zuversicht darauf hoffen, daß er auch in dieser Hinsicht die wünschenswerten Konsequenzen erzielt.

Die Aufstandsbewegung in Mexiko.

(Mexiko, Telegramm.) Die letzten Nachrichten aus Mexiko besagen, daß die Aufstandsbewegung überall niedergeschlagen worden ist. Nur im Staat Vera-Cruz soll es noch Resten von Aufständischen geben, die sich sammeln. Mexiko soll den Aufständischen nicht zur Verfügung stehen. Regierungstruppen sollen sich bereits auf dem Anmarsch befinden, um den Kampf mit den Resten aufzunehmen. Als Führer dieser aufständischen Truppen taucht der Name des Generals Gomez auf, was aber bezweifelt werden muß, da die Nachricht von der Einrichtung des Generals Gomez von offiziellen amtlichen mexikanischen Stellen ausgeht worden ist. Die Aufständischen beabsichtigen im Falle ihres Scheiterns an die Spitze der provisorischen Regierung zu treten.

Gleichsetzung eines weiteren Aufständischen-Häupters in Mexiko.

(Mexiko, Telegramm.) Von allen Epochen aus dem geschichtlichen Aufstand ist keine so verlustreich wie der verlustreichste Versuch der Aufständischen, das Leben des Generals Quijano zu retten. Seit Ritterschlag spielte sich ein achtstündiger ununterbrochener Kampf ab zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung, die sich bemühte, die Gesetze der fünf ersten und letzten Generale zu erschüttern, aus denen sich das Kriegsgericht zusammensetzte. Dieses Schwelgen herrschte im Gerichtssaal als die Richter das Todesurteil verkündeten. Mit einem letzten Schrei nach dem Photographen, der eine Blickaufnahme machte, kehrte der General in seine Zelle zurück, aus der er einige Stunden später zum Tode geführt wurde.

Entscheidender Kampf um Peking.

(London.) In Peking eingelaufene Berichte besagen, daß an der Peking-Tientsin-Eisenbahnlinie der entscheidende Kampf um den Besitz der Hauptstadt begonnen hat. Den Hauptkräften Tschangtschun steht das Gros der Schanghaierkräfte gegenüber, insgesamt etwa 80 000 Mann.

Die militärische Lage in China.

(Peking.) (Abteilungsbericht der Tsungli-Yamen.) Der stellvertretende Außenminister Butschil äußerte sich über die militärische Lage. Er erklärte, daß zwar mit einem weiteren Rückzug der Tschangtschun-Kräfte gerechnet werden müsse, daß aber noch Tschangtschun Peking besetzen würde.